

soli aktuell

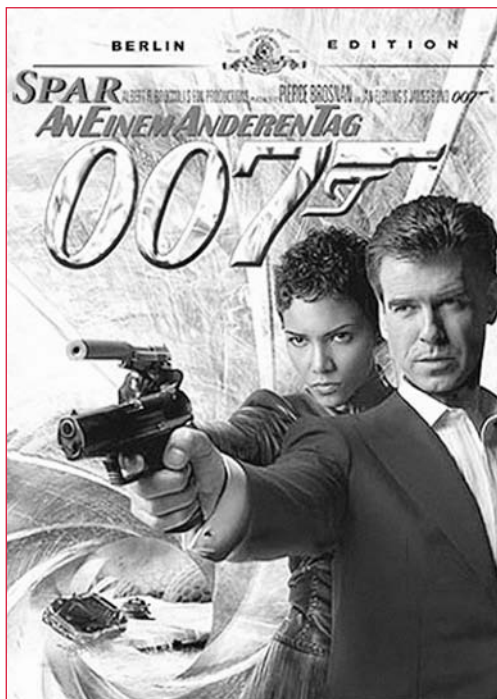
Soziale Leistung

Die Frage ist nicht, ob die Studierenden für bessere Unis streiken. Die Frage ist, wofür sie noch streiken. Von Daniel Taprogge

Von Gießen aus griff die studentische Streik- und Protestbewegung zunächst auf die Nachbaruniversität Marburg über, bald auf alle hessischen Hochschulen, und schließlich wie ein Flächenbrand auf alle Teile des Bundesgebiets.«

Dieses Zitat stammt nicht aus einem aktuellen Kommentar der »Frankfurter Rundschau« oder der »Süddeutschen Zeitung« zu den aktuellen Protesten von Studierenden, zu dieser Beschreibung kommt Andreas Keller in seiner Dissertation »Hochschulreform und Hochschulrevolte« (BdWi-Verlag, Marburg 2000) zur Studierendenbewegung.

Keller analysiert hier den Beginn der Studierendenstreiks 1997/98 – damals wie heute ging und geht es um die Studienbedingungen. Man kann sich denken, dass diese sich mittlerweile noch weiter verschlechtert haben, allerdings tritt ein weiteres Thema nun mit in die Betrachtung der Studierenden: die allgemeine Erosion in der Sozialpolitik, der Abbau von sozialen Leistungen in ihrer Stadt, ihrem Bundesland und auch allgemein auf Bundesebene. Gezeigt hat dies eine beinahe einmalige Demonstration: DGB, Gewerkschaft der Poli-



zei, GEW, Studierendenvertretungen und soziale Verbände haben am 18. November 2003 mehr als 40.000 Menschen nach Wiesbaden mobilisiert – unterstützt von ArbeiterInnen des VW-Werks Baunatal.

Proteste nicht nur in Hessen: In Berlin finden seit Wochen öffentliche Vorlesungen, Besetzungen der PDS-Geschäftsstelle und des Büros des Wissenschaftssenators Flierl (PDS) bis hin zu Aktionen bei der Eröffnung einer Ikea-Filiale in Berlin-Tempelhof statt (www.spiegel.de/unispiegel); in Hamburg protestieren Studierende gegen die Schließung der Hochschule für Wirtschaft und Politik auf dem Hamburger Weihnachtsmarkt. Und auch in Sachsen-Anhalt gehen Studierende in den Ausstand.

Unabhängig davon, ob eine rechts-konservative Landesregierung, eine rot-grüne Bundesregierung oder ein rot-roter Senat das Sagen hat: Sozialabbau scheint keine Angelegenheit einer bestimmten Partei zu sein.

Interessant zur Beurteilung der Proteste ist, ob sich hier eine gesamtgesellschaftli-

INHALT

3 ausbildung + beruf

Wirtschaftsmacht Azubi: Fünf Prozent der Arbeitnehmer sind Auszubildende

Spaß, Sicherheit, Gehalt: Gewünschtes Berufsziel im Nordosten Deutschlands schon früh bekannt

4 thema

Das nächste Jahr: Was im Vordergrund gewerkschaftlicher Jugendarbeit stehen wird

6 jav-ratgeber

Agenda 20 Rausschmiss: Ab 1. Januar 2004 gelten andere Regeln beim Kündigungsschutz. Einige Klarstellungen

7 internationales

Tausende Stimmen für ein anderes Europa: So war's beim 2. Europäischen Sozialforum in Paris

che Bewegung findet, die nicht nur ihre Partikularinteressen vertritt. Dies war häufig der Vorwurf gegen die streikenden Studis im Jahre 1997. Die Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik und der gemeinsame Kampf gegen den Abbau dieser Leistungen kann zum einen helfen, gemeinsam erfolgreich zu sein, aber auch die politischen Beziehungen zwischen Studierenden, Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen zukünftig weiter zu verbessern.

Ansätze hierfür gibt es: In Hessen unterstützt die DGB-Jugend aktiv die Studierenden, in Berlin hat sich der DGB-Landesbezirk mit den Studierenden solidarisch erklärt.

Notwendig ist dies auch: Die Kürzung von Zuschüssen für Frauenhäuser, die Einführung von Studiengebühren, die Kürzung der Hochschulfinanzierung und viele andere Pläne des Sozialkalküls von Bund und Ländern bedrohen die soziale Gerechtigkeit. ☐

Streikübersicht und gewerkschaftliche Aktivitäten:

www.fzs-online.org/cat/207/
www.hessen.dgb.de
www.berlin-brandenburg.dgb.de

Daniel Taprogge ist Mitarbeiter des DGB-Jugend-Projekts »Students at work«.



IM INTERNET

www.dgb-jugend.de/wilderosten
Herbstakademie »Der wilde Osten«:
Materialsammlung und Dokumentation

FAXABRUF-SERVICE

0211 / 4301-161 Resolution der Bundes-Auszubildendenvertreter-Konferenz zur Ausbildung bei der Deutschen Telekom

Kostet die normalen Telefongebühren.

Abbruch

Industrie-Analyse ■ Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) unterstützt die von den EU-Bildungsministern verabschiedete Absichtserklärung, die hohe Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher in Europa zu reduzieren (derzeit 19%). Dies gelte besonders auch für Deutschland. Die Schule müsse alle jungen Menschen befähigen, eine berufliche Ausbildungsstelle anzutreten und durch die erworbenen Qualifikationen auch eine Arbeitsstelle zu bekommen. Nach DIHK-Angaben brechen derzeit jährlich 90.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss ab. Und jeder vierte Jugendliche seine Ausbildung.

Anti & anti

Attac vs. Attac ■ Die Diskussion über antisraelische bis hin zu antisemitischen Einstellungen bei einigen Attac-Mitgliedern ebbt nicht ab: Die Kritik richtet sich zum einen gegen den Gebrauch einer verkürzten Kapitalismuskritik, die antisemitische Stereotypen zu wecken vermag, und zum anderen gegen pro-palästinensische Positionen, die das Existenzrecht Israels zwar nicht in Frage stellen, sich aber nicht explizit darauf beziehen. Der Attac-Kokreis will sich nun mit dem Problem auf einem Wochenendseminar vom 13. bis 15. Februar 2004 intensiver auseinandersetzen. Außerdem wird der wissenschaftliche Beirat einen Reader zum Thema herausbringen.

Wach sein

Überrumpelt auf der Arbeit? ■ Ein am Arbeitsplatz geschlossener Aufhebungsvertrag ist kein Haustürgeschäft und kann daher nicht entsprechend widerrufen werden. Das hat das Bundesarbeitsgericht in Erfurt entschieden. Der Arbeitsplatz sei für den Abschluss solcher Verträge nicht atypisch.

(Az.: 2 AZR 177/03)

Papa vor Mama

Monster-Umfrage ■ Eine europaweite Online-Umfrage des Karriere-Netzwerks Monster hat ergeben: Sowohl Männer als auch Frauen arbeiten mehrheitlich lieber für einen männlichen Chef: Nur knapp der Hälfte der Arbeitnehmer in Deutschland und Europa ist es gleichgültig, ob ihr Chef männlich oder weiblich ist. 46% der deutschen Beschäftigten und 47,8% ihrer europäischen Kollegen meinten, dass sie hinsichtlich ihres Vorgesetzten keinem Geschlecht den Vorzug geben. Jedoch gaben sowohl in Deutschland wie auch im Europa-Durchschnitt jeweils über 50% der Befragten zu Protokoll, durchaus eine Präferenz in Richtung Chef zu haben.

Kirchenmäuse

NRW-Gläubige gegen Abgabe ■ Die DGB-Jugend NRW ist sauer auf die Kirchen: Gemeinsam mit der Arbeitgebervereinigung NRW haben sich die beiden Glaubensgemeinschaften im November in Duisburg auf die Ablehnung einer gesetzlichen Ausbildungsabgabe geeinigt. Zur Lösung der Ausbildungsplatzkrise erhoffen sich die Beteiligten nun offenbar himmlischen Beistand.



DGB-Jugend-Chef Woelk

Ralf Woelk, Vorsitzender der NRW-Gewerkschaftsjugend: »Angesichts des historischen Tiefststandes bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und angesichts der Tatsache, dass nicht einmal jedem zweiten Jugendlichen vom Arbeitsamt eine Ausbildungsstelle vermittelt werden konnte, ist diese Erklärung mehr als zynisch.« Fazit Woelk: »Beten alleine hilft nicht.«

Rote Mäuse

SPD-Anhänger für Abgabe ■ Die SPD-Fraktion hat im November mit großer Mehrheit ein Eckpunktepapier zur Einführung einer Ausbildungsplatz-Umlage beschlossen. Ziel ist es, einen entsprechenden Fonds einzurichten, in den Firmen einzahlen sollen, die nicht oder nicht ausreichend ausbilden. Mit dem Geld aus dem Fonds sollen zusätzliche Ausbildungsangebote finanziert werden. Allerdings soll die Umlage nur dann greifen, wenn bundesweit zu wenige Ausbildungsplätze angeboten werden. SPD-Fraktionschef **Franz Müntefering** betont, dass freiwilligen Lösungen Vorrang eingeräumt werden müsse. »Wir wünschen uns, dass wir nie ein solches Gesetz anwenden müssen.«

Das Eckpunktepapier im Internet: www.willi-brase.de/PDFDatei/Brase%20Eckpunkte%20Branchenfonds.pdf

Brot & Arbeit

Regierungsschelte ■ Doris Schröder-Köpf, Kanzlergattin, hat sich im November in der Sendung »Beckmann« Sorgen um Kinder von arbeitslosen Eltern gemacht. Bei längerer Zeit ohne Arbeit sähen viele Eltern keinen Grund mehr, morgens aufzustehen, um ihrem Kind Frühstück oder Pausenbrot zu machen. Das habe sie auch ihrem Mann erzählt, und der habe interessiert zugehört.

Déschébé

Gewerkschaftsflyer ■ Absolut neu: Der DGB-Selbstdarstellungsflyer! Den gibt es jetzt auch in englischer, französischer, türkischer und spanischer Sprache.

Zu bestellen bei: roghie.ghorban@bvv.dgb.de

Me, Myself & I

Ich beim Film ■ Die Ich-AG zeigt sich nun auch im Kino: Ab sofort stellt die Initiative »Teamarbeit für Deutschland«, unterstützt von der Bundesanstalt für Arbeit, in vier Spots unkonventionelle Jung-Unternehmerinnen und -Unternehmer vor, die sich mit Hilfe dieses neuen Arbeitsmarktinstruments selbstständig gemacht haben. Beispiel: die Berlinerin **Merit Schambach**. In ihrem »Senfsalon« verkauft sie ausgefallene Senfsorten aus eigener Herstellung. Die verschärften Kinospots sollen genauso wie die bereits seit Mitte Oktober laufende Zeitschriftenwerbung und irgendwelche Gratispostkarten »den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen Mut machen« (Arbeitsamt).

Widersprüchlich

Studien: Antisemitismus nicht nur bei Attac ■ Jeder fünfte Deutsche ist einer Umfrage des Magazins »Stern« zufolge latent antisemitisch. Wie das Magazin mitteilt, ließen sich nach einer Umfrage des Forsa-Instituts 23% von 1.301 Befragten dem Lager der Deutschen mit latent antisemitischen Einstellungen zuordnen. Das sind drei Prozentpunkte mehr als 1998.

Laut einer anderen Umfrage, diesmal von der »Welt«, sehen dieselben Deutschen kaum Antisemitismus bei Mitbürgern. Kaum? 12% der Befragten sagten, dass eine »große Zahl« der Deutschen jüdische Bürger ablehnt.

Jugend bezahlt

Drogeninitiative ■ Die Bundesregierung erwägt eine Zusatzsteuer auf alkoholische Mixgetränke, um damit den Konsum bei Jugendlichen einzudämmen. Die Drogenbeauftragte der Regierung und Gesundheitsstaatssekretärin **Marion Caspers-Merk** (SPD): Denkbar sei eine Regelung wie in Frankreich, wo mit einer Sonderabgabe der Preis für so genannten Alcopops nahezu verdoppelt worden sei. Aber: Man wolle zunächst eine Studie zu den Mixgetränken auf Basis von Wodka, Whiskey oder Rum abwarten, bevor man zu gesetzlichen Regelungen komme.

Drei Minus

Schulsystem ■ Eine Studie des Baseler Prognos-Instituts empfiehlt die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und die Einschulung der Kinder im Alter von vier Jahren. Zukünftig solle es keine Haupt- und Realschule mehr geben, sondern nur noch Sekundarschule und Gymnasium.

Mehr dazu: www.workshop-zukunft.de/rs/a.php?r=News_Artikel&a=215&p=430

Wirtschaftsmacht Azubi

Statistisches Bundesamt: Gut fünf Prozent der Arbeitnehmer waren 2001 Auszubildende.

Nach neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes waren 5,1 Prozent aller ArbeitnehmerInnen des Produzierenden Gewerbes und ausgewählter Dienstleistungsbereiche im Oktober 2001 in der Ausbildung. Mehr als die Hälfte der Ausbildungsplätze stellte das produzierende Gewerbe und knapp ein Viertel der Handel. Im produzierenden Gewerbe bildete schwerpunktmäßig das Baugewerbe (13 Prozent) aus, gefolgt vom Maschinenbau (6,5 Prozent), dem Ernährungsgewerbe (5,6 Prozent) und dem Wirtschaftszweig »Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik« (5,3 Prozent). Im Verhältnis zu den Beschäftigten insgesamt bot das Gastgewerbe besonders viele Ausbildungsplätze an: Jeder zehnte Arbeitnehmer stand in einem Ausbildungsverhältnis.

Männliche und weibliche Auszubildende verteilten sich unterschiedlich auf die Ausbildungsberufe. Die jungen Frauen entschieden sich überwiegend für kaufmännische Berufe: Allein 27 Prozent erlernten das Bürofach, weitere 17 Prozent wollten Verkäuferin werden und rund 15 Prozent Groß- und Einzelhandelskauffrau oder Bankkauffrau. Junge Männer bevorzugten Ausbildungsberufe des produzierenden Gewerbes, vor allem Handwerksberufe. Vorrangig wurden sie als Kraftfahrzeuginstandsetzer

oder als Elektroinstallateur und -monteur ausgebildet. Rund ein Achtel der männlichen Auszubildenden will später als Bürofachkraft oder als Groß- und Einzelhandelskaufmann arbeiten.

Dabei gilt: bessere Bildung, besserer Verdienst. Die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer mit Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss ohne zusätzliche Berufsausbildung erzielten im Oktober 2001 in Deutschland einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 2.203 Euro. Arbeitnehmer mit dem gleichen Schulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung verdienten mit 2.693 Euro 22 Prozent mehr.

Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss erreichten einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 4.673 Euro, mehr als doppelt so viel wie diejenigen mit Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss ohne weitere Ausbildung. Dies zeigen die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001.

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung wurde 2002 für 2001 durchgeführt und ist die umfassendste amtliche Datenquelle in Deutschland zum Bereich »Löhne und Gehälter«. Erstmals wurden auch Auszubil-

dende, geringfügig Beschäftigte und Altersteilzeitbeschäftigte erfasst. Die Statistik liefert tiefgegliederte Angaben zu den Brutto- und Nettoverdiensten und Arbeitnehmerstrukturen. Sie ermöglicht eine Analyse der Verdienste nach einer Vielzahl verdienstbestimmender – persönlicher und mit dem Arbeitsplatz verbundener – Merkmale der Arbeitnehmer, wie dem Beruf, dem Alter, dem Ausbildungsstand und der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit. [S](#)

AUSBILDUNG UND EINKOMMEN

Schule gleich Geld

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und in den Dienstleistungsbereichen produzierendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen im Oktober 2001 nach dem Ausbildungsstand in Deutschland:

Ausbildung	Bruttomonatsverdienst in Euro		
	Insgesamt	Männer	Frauen
Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss	2.610	2.738	2.213
mit Berufsausbildung	2.693	2.818	2.287
ohne Berufsausbildung	2.203	2.318	1.914
Abitur	3.334	3.688	2.767
mit Berufsausbildung	3.357	3.736	2.770
ohne Berufsausbildung	3.195	3.416	2.744
Fachhochschulabschluss	4.248	4.432	3.207
Hochschul-, Universitätsabschluss	4.673	4.901	3.733

Spaß, Sicherheit, Gehalt

Gewünschtes Berufsziel im Nordosten Deutschlands schon früh bekannt.

Eine Studie der Universität Rostock und der Regionalen Arbeitsstelle für Schule und Jugend hat ergeben, dass sich die SchülerInnen aus Mecklenburg-Vorpommern schon in der 8. oder 9. Klasse für ihr späteres Berufsziel entscheiden. Rund zwei Drittel wussten bereits, was sie nach der Schule machen wollen. Viele sind sogar bereit, für ihren Wunschjob das Land zu verlassen. Unter Gymnasiasten waren es sogar fast drei Viertel.

Die Befragung, die im Rahmen des Landesprogramms Berufsfrühorientierung (BFO) stattfand, zeigte auch, dass die Gas-

tronomie bei den angestrebten Berufen weit vorne liegt. Gefolgt von technischen Berufen, für die sich besonders die Jungen interessierten, und dem Bereich Gesundheit/Pflege/Erziehung/Soziales, der fast nur bei Mädchen Zuspruch fand.

Als Motiv für die Berufswahl stehen für fast alle der Spaß an der Arbeit und die Sicherheit des Arbeitsplatzes an erster Stelle. Ebenso wichtig ist ein gutes Gehalt. Zwei Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer schätzen ihre beruflichen Aussichten positiv ein. Allerdings werde eine besonders schwierige Klientel, männliche Haupt-

schüler mit schlechten Leistungen, kaum erfasst, da sie selten an BFO-Projekten teilnehmen.

Der Studie zufolge haben Schulen, Arbeitsämter und Berufsberater kaum Einfluss auf die Orientierung der Schülerinnen und Schüler. Die Jugendlichen hören vor allem auf ihre Eltern und Personen, die selbst den Beruf ausüben, für den sie sich interessieren.

Seit 1998 nehmen jedes Jahr rund 5.000 Schülerinnen und Schüler an den BFO-Projekten teil. Etwa einem Drittel habe die Teilnahme bei der eigenen Berufswahl geholfen. [S](#)

Das nächste Jahr

2004 – das Jahr der Fußball-EM in Portugal, Deutschland wählt einen neuen Bundespräsidenten, Europa ein neues Parlament und und und. Doch was wird im Vordergrund gewerkschaftlicher Jugendarbeit stehen? Die Schwerpunkte. Von Enno Bolten

Thema des Jahres wird das Berufsbildungsgesetz (BBiG) sein. So viel ist sicher. Die Mitgliedsgewerkschaften unterstützen die DGB-Jugend-Kampagne zur Reform des BBiG, wo sie können. Doch ungewiss ist, wie hier der Verlauf, geschweige denn das Resultat sein wird. Immerhin: Der Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung sieht die Reform des veralteten Gesetzes vor und im Juni 2004 könnte sich das Parlament damit befassen. Wenn alles klappt, soll das neue Gesetz ab Anfang 2005 gelten (siehe auch www.bbig-reform.de).

Das BBiG ist auch für Michael Faißt das Ding des kommenden Jahres. Der politische Sekretär der IG Metall, Ressort Jugendarbeit und Jugendpolitik: »Die genauen Abläufe werden noch festgelegt, aber wir werden uns an den Aktionen der DGB-Jugend beteiligen, zum Beispiel bei der geplanten Umfrage-Aktion in den Betrieben.« (Siehe Seite 5.)

Im Oktober soll die Kampagne »Wir können auch anders« starten. Anlass für die Aktion: Nach dem gescheiterten Streik in Ostdeutschland sei ein falsches Bild der IG Metall entstanden. Allgemein, aber auch im Jugendbereich. Faißt: »Wir wollen mit dem Vorurteil aufräumen, dass die IG Metall nur aus alten Männern mit roten Fahnen besteht. Unsere Jugendarbeit ist quicklebendig und erfolgreich.« Form und Ausmaß der Aktion werden noch bestimmt. Man hofft, dass die Aktion auch eine Aktion der gesamten IG Metall wird.

Weitere Schwerpunkte der IG Metall-Jugend: Es gilt die Personalräte und Jugendauszubildendenvertretungen (JAV) fit zu machen in den Prüfungsordnungen von etwa einem Dutzend neuer Berufe, die seit kurzem bestehen bzw. ab August erlernbar sind. Außerdem heißt es im Herbst: JAV-Wahlen. Mit Infomaterial will man die »Erfolgsgeschichte des vorletzten Jahres fortsetzen, dass auch dort gewählt wird, wo es bisher nicht der Fall war« (Faißt).

Die JAV-Wahl ist auch Thema bei der

Transnet. Wichtig in diesem Jahr außerdem: Die Bundesjugendkonferenz im Mai in Bad Homburg. »Hier wird es unter anderem um die Überarbeitung unseres Programmes gehen. Es muss globaler und politischer werden«, so Gunter Ebertz, Bundesjugendsekretär bei der Transnet. Noch auf der to-do-Liste: »Integration von Regelungen zu Einstellung und Übernahme von Azubis in die Tarifvereinbarungen unseres Organisationsbereiches.« Also mehr Ausbildung und Übernahme von Azubis im Schienenbereich.

Dietmar Michael, Abteilungsleiter Bildung, Werbung, Jugend bei der Jungen Gruppe der GDP erklärt, in seinem Bereich sei für 2004 noch nichts Konkretes geplant. Er weist aber auf die »Fachtagung Jugend« hin, auf der die zukünftige Arbeit der Jungen Gruppe und ihre Struktur überdacht werden

ser wird« findet vom 11. bis 13. März statt und steht unter dem zusätzlichen Motto »Jugend braucht Ausbildung – Ausbildung braucht Qualität«. Der Ort wird noch festgelegt. Es wird im Workshop um den Austausch der Teilnehmenden und die praktische Umsetzung der Reformvorschläge zum BBiG gehen.

Außerdem weist ver.di-Jugend-Sekretär Ringo Bischoff auf die zwei Runden der JAV-Wahlen hin:

□ Im Frühjahr (1. März bis 31. Mai) finden die turnusgemäßen Wahlen nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz und den Landespersonalvertretungsgesetzen statt. Die ver.di-Jugend empfiehlt, die Wahl im Zeitraum vom 29. März bis 2. April durchzuführen.

□ Im Herbst (1. Oktober bis 31. November) finden die turnusgemäßen Wahlen nach



Kräftig zugelangt: Das geschah in diesem Jahr – BBiG-Proteste in Berlin

sollen. Ein Termin für die Tagung stehe jedoch noch nicht fest.

Viel vor hat die ver.di-Jugend. Um nur einiges zu nennen: Vom 10. bis 13. Juni findet das Bundesjugendtreffen auf der Loreley statt. Hauptthema: Sozialpolitik. Im Jugendbildungsforum vom 14. bis 16. Mai in der ver.di-Bildungsstätte »Das bunte Haus« in Bielefeld-Sennestadt geht es unter anderem um den »bundesweiten Austausch und die Vernetzung sowie Qualitätssicherung in der ver.di-Jugendbildungsarbeit«, wie Silke Mader von der ver.di-Jugend sagt.

Der Workshop »Reform ist, wenn es bes-

dem Betriebsverfassungsgesetz statt. Hier empfiehlt die ver.di-Jugend, die Wahl im Zeitraum vom 8. bis 12. November durchzuführen. Die Empfehlung hat den Grund, dass es hinsichtlich der Vorbereitung, der Begleitung, Auswertung und Nachbereitung weniger Arbeit verursacht, sich auf einen Zeitraum zu konzentrieren.

Und schließlich gibt es da die UNI-Weltjugendkonferenz (UNI: Internationaler Dachverband der Dienstleistungsgewerkschaften), im neuen ver.di-Hauptquartier an der Spree. Mark Hagen von der ver.di-Jugend: »Das Themenspektrum ist noch nicht klar, wird aber von Kinderarbeit bis zum all-

gemeinen »building stronger unions« und Einzelthemen wie Arbeitssicherheit in Callcentern reichen.« Etwa 150 Jugendliche von ausländischen Gewerkschaften werden teilnehmen.

Und außerdem: die Antirassismuskonferenz vom 8. bis 10. Oktober in Gladenbach, der Workshop zur Tarifpolitik, die Berufsschulkampagne »ver.di@school«, das Projekt »Bildung in der EU« (gemeinsam mit der GPA, Österreich: Zu allen Punkten ausführliche Infos auf www.verdi-jugend.de).

Die Junge GEW hat 2004 folgendes vor: Der Bundesausschuss Junge GEW trifft sich vom 6. bis 8. Februar und vom 10. bis 12. September. Hier wollen sich Junge GEW-VertreterInnen der Landesverbände austauschen und Aktionen planen.

Das große Thema wird – auch auf beiden Treffen – aber organisatorischer Natur sein. Man will auf breiter Front für eine stärkere Nachwuchsarbeit in der GEW eintreten. Die organisierten LehrerInnen haben im Unterschied zu anderen Gewerkschaften keine hauptamtlichen JugendsekretärInnen. Norma Gertz vom SprecherInnen-Team Junge GEW: »Dies wollen wir ändern, indem wir für mehr Hauptamtlichkeit bei der Nachwuchsarbeit werben. Dazu haben wir verschiedene Modelle ausgearbeitet. Konkret bedeutet dies, dass wir viele Leute

von unserer Idee überzeugen müssen – also der sprichwörtliche Marsch durch die Gremien. Und viele, viele Gespräche.«

Aber: »Neben diesem organisationspolitischen Vorgehen wollen wir auch auf der Ebene der Öffentlichkeitsarbeit für unser Projekt werben«, so Gertz. »Neben Artikeln in den entsprechenden Organen wollen

wir unter anderem einen Workshop zum Thema Nachwuchsarbeit auf dem »Mai-Meeting« anbieten.« Das Mai-Meeting ist eine mehrtägige Veranstaltung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, bei der hauptsächlich einfache Mitglieder anwesend sind und weniger FunktionärInnen.

Außerdem im Junge-GEW-Programm 2004: Das Seminar »Projektmanagement, Veranstaltungsmanagement« (23. bis 25. April in Steinbach im Taunus), »Durchsetzungsstrategien – Sich souverän durchsetzen« (vom 5. bis 7. November) und ein Seminar zum Thema »Gender« bzw. »Gender Mainstreaming« (Termin und Ort stehen noch nicht fest).

Die IG Bau veranstaltet ihr Bundesjugendtreffen vom 28. bis 31. Mai in Rosdorf-Dahlenrode (bei Göttingen). Motto: Jugend & Europa. Außerdem gibt es einige Aktionen und Seminare im Rahmen von XENOS (Pro-

jekt gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit) und eine so genannte Tour d'Europe: Eine Busfahrt, 14 Tage im Juli 2004, von Ost nach West durch Städte wie Warschau, Prag, Wien, Bonn, Amsterdam bis nach Brüssel. Sinn der Sache: die internationale Vernetzung von jungen GewerkschafterInnen und bessere Zusammenarbeit.

Die IG BCE-Jugend meldet folgende Veranstaltungen: Zukunftswerkstatt vom 12. bis 15. Februar, Bundesjugendtreffen vom 20. bis 23. Mai, Jugendforum vom 27. bis 29. August.

Was macht die Nahrungs- und Genussmittelbranche? Dazu Joachim Langecker von der Jungen NGG: »Durch

geeignete Seminare und Schulungen werden wir unsere gemeinsame Kampagne »Reform des BBIG« in die Betriebe tragen. Unter dem Motto »Mehr Mitglieder für die Junge NGG« werden wir in einigen Landesbezirken wieder unsere Schnuppermitgliedschaft starten. Größter Schwerpunkt werden die JAV-Wahlen 2004 werden. Weiter planen wir eine Berufsbildungskonferenz im Frühjahr zu den Zukunftsfragen der Beruflichen Bildung in unseren Branchen.«



Enno Bolten ist Webmaster von www.dgb-jugend.de

»Wir wollen mit dem Vorurteil aufräumen, dass die IG Metall nur aus alten Männern mit roten Fahnen besteht...«

»...Unsere Jugendarbeit ist quicklebendig und erfolgreich.«

Michael Faißt, IG Metall-Jugend

Was die DGB-Jugend plant

Von DGB-Bundesjugendsekretär **Christian Kühbauch**

Im kommenden Jahr werden wir den Schwung, den wir mit der öffentlichen Debatte um die Ausbildungsumlage bekommen haben, nutzen, um das Thema Ausbildung gesellschaftlich zu verankern. Denn Konzepte der Zukunft gehen alle an, nicht nur Jugendliche. Dafür wird unsererseits vermehrt Bündnisarbeit nötig sein – zum Beispiel mit den Kirchen.

Unsere bisherige Kampagne für die Reform des Berufsbildungsgesetzes ist gut gelaufen und wir werden sie fortsetzen. Allerdings wird es jetzt mehr um die Qualität der Ausbildung gehen: Wie steht es mit der Ungleichbehandlung der Azubis in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, welche Katastrophe findet in den Berufsschulen statt?

Dazu werden wir zusammen mit den Gewerkschaften Umfragen in Betrieben starten. Und wir wollen mit der Regierung ins Gespräch kommen, weil wir der Mei-

nung sind, dass die Interessen junger Arbeitnehmer nicht genügend berücksichtigt werden. Denn wir registrieren bei diesen Jugendlichen ein starkes Desinteresse an der Politik. Nicht an den Gewerkschaften – die Mitgliedszahlen im Jugendbereich sind mehr als stabil.

Kein Wunder: Unser Berufsschul-Projekttag »Demokratie und Mitbestimmung« hat gezeigt, dass es im Ausbildungssektor enorme Probleme gibt – von Lehrern und Schülern. Die Zuschriften auf unsere Initiative »Dr. Azubi« – die Onlineberatung für Auszubildende – zeigen, dass der Azubi-Alltag oft von Mobbing bis hin zur sexuellen Belästigung bestimmt ist. Dabei ist die Abhängigkeit dementsprechend groß: Die meisten wollen ihre Ausbildung auch abschließen, und das bedeutet, dass sie über drei Jahre an einen Arbeitgeber gebunden sind. Wir werden die »Dr. Azubi«-Ergebnis-

se auswerten und mit unserer politischen Arbeit koppeln.

Investieren werden wir auch bei den Studierenden. Unser Projekt »Students at work« hat gezeigt, dass wir mit der Beratung arbeitender Studierender auf dem richtigen Weg sind – das hat auch der DGB erkannt. Und gibt uns in diesem Bereich volle Rückendeckung.

Zwei weitere Themen werden uns 2004 beschäftigen: die EU-Osterweiterung – dazu wird es im Frühjahr eine Sonderausgabe der Soli aktuell geben. Außerdem haben wir nun eine Projektstelle mit eigenem Etat für Jugendkulturarbeit beim Bundesvorstand. Im kommenden Jahr werden wir uns also ein neues Kulturkonzept erarbeiten und erste konkrete Schritte zur Umsetzung unternehmen.



Agenda 20 Rausschmiss

Ab 1. Januar 2004 gelten andere Regeln beim Kündigungsschutz. Angeblich dienen sie dem Abbau der Arbeitslosigkeit. Ansonsten herrscht Verwirrung. Einige Klarstellungen.

E inheitliche Klagfrist

Nach der bisherigen Rechtslage muss jeder Arbeitnehmer, der eine Kündigung erhalten hat, innerhalb von drei Wochen nach Erhalt der Kündigung eine Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht einreichen. Diese knallharte Dreiwochenfrist gilt bisher nur dann, wenn der Arbeitnehmer die Kündigung für sozial ungerechtfertigt hält (§ 4 Kündigungsschutzgesetz, KSchG). Meint der Arbeitnehmer allerdings, dass die Kündigung aus anderen Gründen rechtsunwirksam ist (z.B. bestehender Schwangerschaft), so galt die Dreiwochen-Klagfrist bisher nicht. Künftig soll für die Geltendmachung der Rechtsunwirksamkeit eine Klagfrist von drei Wochen ab Zugang der Kündigung gelten – Arbeitnehmern droht also der Verlust eines »Rettungsankers«.

Kleinbetriebsklausel

Bisher fallen unter den Schutzschirm des KSchG Arbeitnehmer nur dann, wenn sie in einem Betrieb beschäftigt sind, in dem mehr als fünf Arbeitnehmer beschäftigt werden. Erst wenn dieser vom Gesetzgeber vorgegebene Schwellenwert überschritten wird, kommen sämtliche Arbeitnehmer in den Genuss des Kündigungsschutzes. Das bedeutet für den Arbeitgeber, dass er nicht nur die geltenden Kündigungsfristen beachten, sondern die Kündigung auch begründen muss.

Rot-Grün will nun mit einer bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Ergänzung des §23 Abs.1 KSchG erreichen, dass befristet Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis nach Inkrafttreten der Neuregelung beginnt, bei der Feststellung des Schwellenwertes nicht mehr berücksichtigt werden müssen.

Das bedeutet, dass in einem Kleinbetrieb mit bisher vier regelmäßig beschäftigten Arbeitnehmern weitere Arbeitnehmer befristet eingestellt werden können, ohne dass dadurch die Schutzbestimmungen des KSchG auf alle Arbeitnehmer Anwendung finden. Die Gewerkschaften haben hier im Vorfeld schon bezweifelt, dass diese Rege-

lung mit den Grundsätzen unserer Verfassung übereinstimmt.

Abfindungsanspruch

Neuland betritt Rot-Grün mit dem vorgesehenen gesetzlichen Abfindungsanspruch (§1a KSchG). Im Fall einer so genannten betriebsbedingten Kündigung (z.B. Rationalisierung) kann ein betroffener Arbeitnehmer einen Anspruch auf Zahlung einer Abfindung haben. Der Anspruch auf Abfindung setzt allerdings den guten Willen des Arbeitgebers voraus, eine entsprechende Abfindung zu zahlen – er muss sie anbieten. Die Höhe der Abfindung soll 0,5 Monatsverdienste für jedes Beschäftigungsjahr sein, wobei ein Zeitraum von mehr als sechs Monaten auf ein volles Jahr aufgerundet werden muss.

Das Abfindungsangebot zu akzeptieren kann sich vielleicht für Beschäftigte lohnen, deren Arbeitsverhältnis schon lange besteht und die bereits einen neuen Arbeitsplatz so gut wie sicher haben. Bevor sich Arbeitnehmer auf so etwas einlassen, sollten sie allerdings vorher nicht nur mit dem Betriebsrat/der JAV sprechen, sondern sich auch rechtlich beraten lassen.

Für jüngere Arbeitnehmer, die noch keinen neuen Arbeitsplatz in Aussicht haben, kann der arbeitgeberseitige Vorschlag nur nachteilig sein. Hat der Betriebsrat der beabsichtigten Kündigung rechtswirksam widersprochen, so hat der Betroffene auf jeden Fall einen Weiterbeschäftigungsanspruch bis zur rechtskräftigen Entscheidung eines Arbeitsgerichts.

Sozialauswahl

Arbeitgeber, die Personal reduzieren wollen, sind gehalten, bei der Auswahl der zu kündigenden Arbeitnehmer soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Während heute z. B. Berufskrankheit, Arbeitsunfall und Pflege von nahen Angehörigen und schlechte Arbeitsmarktchancen Berücksichtigung finden, soll sich die Sozialauswahl demnächst auf drei Kriterien beschränken: Dauer der Betriebszugehörigkeit, Lebensalter und gesetzliche Unterhaltspflichten. Dadurch werden betriebsbedingte Kündigungen wesentlich erleichtert – und der Prüfungsspielraum der Arbeits-

gerichte durch die Beschränkung auf drei Kriterien deutlich eingeschränkt.

Ein weiterer Fallstrick ist, dass die Arbeitgeber berechtigt sind, die Arbeitnehmer aus der Sozialauswahl herauszunehmen, deren Weiterbeschäftigung wegen ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und Leistungen oder zur Sicherung einer ausgewogenen Personalstruktur des Betriebes im berechtigten betrieblichen Interesse liegt.

Das führt dazu, dass der Arbeitgeber auch diejenigen aus dem »Pool« herausnimmt, deren Nase ihm gefällt – die unbequemeren Arbeitnehmer werden hingegen dran glauben müssen.

Die Beschränkung der Kriterien der Sozialauswahl ist im Übrigen nichts Neues. Der neu geschaffene §1 Abs.3 KSchG galt bereits in der Kohl-Ära zwischen 1996 und '98 und war dann nicht zuletzt wegen des Engagements der Gewerkschaften als eine der ersten Maßnahmen der neu gewählten rot-grünen Regierung wieder auf die alte, vor 1996 geltende Rechtslage zurückgefahren wurden.

Namensliste

Ebenfalls wieder in das KSchG aufgenommen wurde auch der §1 Abs.5. Die bereits damals umstrittene Regelung geht von der Vermutung aus, dass die Kündigung durch dringende betriebliche Erfordernisse bedingt ist, wenn Betriebsrat und Arbeitgeber anlässlich einer Betriebsänderung im Sinne des § 111 Betriebsverfassungsgesetz einen so genannten Interessenausgleich abschließen, in denen die zu kündigenden Arbeitnehmer namentlich benannt werden.

Auch hier kann die Sozialauswahl nur auf grobe Fehlerhaftigkeit überprüft werden. Wer dann auf der Liste steht, kann sich im Gegensatz zu heute nur noch erfolgreich gegen die Kündigung wehren, wenn er beweisen kann, dass dies seinen Grund in der Willkür der Betriebspartner hat.

Ob die Änderungen im Kündigungsschutz letztlich geeignet sind, den kranken deutschen Arbeitsmarkt wieder fit zu machen, bleibt abzuwarten. In einer schon 1999 veröffentlichten OECD-Studie wurde festgestellt, dass Länder mit einem eher rigiden Kündigungsschutz keine höhere Arbeitslosigkeit haben als jene mit geringem Kündigungsschutz. [5]



Der JAV-Ratgeber.
Mit Wolf-Dieter Rudolph

Der neue Kündigungsschutz: Arbeitnehmern...

...droht der Verlust eines »Rettungsankers«.

Tausende Stimmen...

...für ein anderes Europa: Vom 12. bis zum 15. November trafen sich Delegierte aus ganz Europa und den Ländern des Südens beim 2. Europäischen Sozialforum (ESF) in Paris. Von Juliane Piecha

Zeit für Sightseeing in Paris blieb den mehr als 40.000 Delegierten des 2. ESF kaum. Ein buchdickes Programmheft führte täglich zu über 300 Seminaren, Workshops und Plena in Paris und den Randbezirken St. Denis, Bobigny und Ivry. Nach drei Tagen der Diskussionen gingen zigtausende Menschen bei der Abschlussdemonstration »Für ein Europa der Rechte in einer Welt ohne Krieg« auf die Straße.

Die Themen waren so vielfältig und widersprüchlich wie die Bürger Europas. Von »Antworten auf GATS« bis zu »Kultur – Aktionen für gesellschaftliche Veränderung« hinterfragten z.B. die Jugendinitiativen soziale Themen. Durch starkes Engagement, vor allem der französischen Jugendorganisationen, wurde der Fokus auf die Interessen der jungen Leute gerichtet. »Jugendliche sind die ersten Opfer des Neoliberalismus«, meinte Christophe Berardi vom französischen Bund Leo Lagrange.

DGB- und ver.di-Jugendliche waren bei Seminaren und Plena zu Jugendthemen dabei. Sonja Meister und Kathrin Scherer berichteten aus Sicht der deutschen Gewerkschaftsjugend von Erfahrungen bei der Kooperation mit sozialen Bewegungen und NGOs. Als europaweite Erfahrung erwiesen sich die Schwierigkeiten, Jugendliche für Politik zu begeistern. Gerade vor diesem Hintergrund war das Interesse an den Aktionen in Deutschland groß. »Plakate und Infomaterialien waren als Anregungen schnell vergriffen«, erzählt Sonja Meister.

Das ESF gab Möglichkeiten zum Austausch und beleuchtete den Stand der internationalen Kooperation: »Die Diskussionen knüpfen nicht an das aktuelle Niveau der Diskussion in den einzelnen Ländern an, auch aufgrund von Sprachschwierigkeiten«, stellte der schwedische Sprecher auf dem größten Jugendplenum fest. Den 1.200 sehr engagierten freiwilligen Übersetzern wurde vom Dolmetscher-Netzwerk Babels vielleicht zuviel zugemutet, so dass inhaltliche Details manchmal untergingen.



Protest macht Spaß: Political action mit der Gewerkschaftsjugend – Sonja Meister beim Demonstrieren

Foto: Juliane Piecha

Die unterschiedliche Position der Jugendlichen in Europa stellte ebenso eine Herausforderung für die Zusammenarbeit dar. Teilnehmer aus Portugal und Ungarn berichteten von unsicheren wirtschaftlichen Situationen der Jugendlichen und radikal unterschiedlichen Bildungsverhältnissen innerhalb Europas. »Bis zu einem solidarischen Europa ist es noch ein langer Weg«, erklärte ein portugiesischer Sprecher bei den Jugendveranstaltungen. Schritte auf diesem Weg wurden gemacht: Planungen zum zweiten European Education Forum 2004 und die Idee zu einem

Forum der europäischen Jugendorganisationen sind Ergebnisse aus Paris. Deutlich war der Appell gegen Privatisierungen in gesellschaftlich sensiblen Bereichen. Die Folgen von Liberalisierungen im Bildungsbereich seien europaweit bereits schmerzhaft zu spüren. In England macht ein Gymnasium mit dem Verkauf von Schulkursen Gewinne in Millionenhöhe, in Frankreich arbeitet ein Drittel der Studierenden, um sich das Studium leisten zu können, in Italien finanzieren Banken Unterrichtseinheiten. »Für die Entwicklung einer guten Gesellschaft ist das Lernen der fast wichtigste Bereich«, sagte Mette Bertelsen, Studentin aus Dänemark. Im schlimmsten Fall müsse man in Zukunft für Unterricht bezahlen und lerne nur noch, was sich vermarkten lasse.

Auch in Deutschland wird aktuell an Unis gegen Studiengebühren und Sozialabbau gestreikt. Vom Treffen der TeilnehmerInnen aus Deutschland beim ESF wurde eine Solidaritätserklärung an die streikenden Studierenden verabschiedet.

»Verstärkte nationale und europäische Zusammenarbeit!« Diese Forderung war auf dem 2. ESF besonders laut zu hören. Deutsche Gewerkschaftsvertreter bekräftigten, dass für soziale Bewegungen und Gewerkschaften gegenseitiges Lernen unerlässlich sei. Nur so könnten Alternativen zum Neoliberalismus entwickelt und in die Bevölkerung getragen werden.

In diesem Zusammenhang wurde ein gemeinsamer Europäischer Aktionstag gegen Neoliberalismus und Sozialabbau beschlossen. [\[5\]](#)

Eine Bilderdokumentation vom ESF findet sich unter www.dgb-jugend.de

Juliane Piecha ist zur Zeit Praktikantin bei der ver.di-Jugend.



IG METALL-JUGEND

Du bist dran

Die IG-Metall-Jugend hat ein neues Zuhause im Internet. Und da gibt es alles: Informationen zur Aus- und Weiterbildung, zum Studium, zum Recht und zum Geld. Ausführlich werden die neuen Metall- und Elektroberufe auf ihre Aufgaben und Einsatzbereiche hin abgeklopft. Darüber hinaus enthält die Seite eine große Datenbank für das Arbeiten und Lernen in Europa, Amerika und Australien. Die Kampagnen der Gewerkschaftsjugend zur Tarifautonomie und zum Berufsbildungsgesetz werden erläutert. Es gibt eine flotte Bildergalerie vom Gewerkschaftstag, und nebenan kann man sich über die neue Seite auslassen: »Wir haben fertig! Jetzt bist du dran!«

Fazit: Das Portal ist eine schöne, im Gefahrenbereichdesign gestaltete Internetseite, auf der man sich schnell orientieren kann.

www.jugend.igmetall.de

Absender: DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

A 8895

WEB-TIPP DES MONATS

arbeitsagentur.de
Ein Service der Bundesagentur für Arbeit

HOME | IHR ARBEITSAMT | DATENSCHUTZ | KONTAKT | ÜBER UNS | IMPRESSUM | HILFE

Benutzername:
Kennwort:
Anmelden

Neu registrieren
Kennwort vergessen?

ONLINE-SERVICE

Hallo, ich heiße Bebi. Klicken Sie hier und ich ...

Arbeitgeber | Arbeitnehmer und Arbeitssuchende | Ausbildung/Berufs- und Studienwahl | Service von A bis Z

Stellenangebot suchen

STICHWORTSUCHE

Allgemeine Informationen (nicht Bewerber/Stellen) Suchbegriff(e):

Suche starten Erweiterte Suche

Suchtext *
Putzfrau

Art der Nachfrage *
AUSBILDUNGSPLATZ

PLZ des Einsatzgebietes

Suchen

Schulische Ausbildungsplätze finden Sie in der Aus- und Weiterbildungsdatenbank KURS.

arbeitsagentur.de

Filmkritik: »Welche Meinung habt ihr zu den Filmen in unserem Filmverleih?« fragt das DGB-Bildungswerk. Von interessant über langweilig bis super – jetzt können eigene Rezensionen zu den Filmen im Angebot abgegeben werden. Ob nun Lobeshymne oder Verriss: Wichtig ist, ob sich die Einsatzmöglichkeiten des Films bestätigt haben. Im Filmverleih des DGB-Bildungswerks stehen über 130 Filme zum Thema Migration kostenlos für die Ausleihe bereit. Außerdem: Gibt's ein neues Good Practice Center in Sachen Antirassismus. Die vorgestellten Aktivitäten reichen vom Benefiz-Fußballspiel über inszenierte Diskobesuche bis hin zu Konzernbetriebsvereinbarungen und Kampagnen. Wer schon kreativ geworden ist, kann interaktiv werden: es können eigene Good-Practice-Vorschläge gemacht werden, die dann in die Datenbank aufgenommen werden.

Alles auf: www.migration-online.de

Alle Berufe – im »Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe 2003«. Zur Zeit stehen 350 »staatlich anerkannte Ausbildungsberufe« zur Auswahl, die in der Industrie, im Handwerk, im öffentlichen Dienst, in der Landwirtschaft oder bei »Freien Berufen« wie Apotheker, Arzt, Steuerberater oder Rechtsanwalt ausgebildet werden. Das Verzeichnis enthält Anschriften und Telefonnummern der für die Berufsausbildung zuständigen Stellen aller Ausbildungsbereiche.

Das »Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe 2003« kann zum Preis von 24,90 Euro zzgl. Versandkosten bezogen werden beim Bertelsmann-Verlag, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Tel.: 0521/911 01 11, Fax 0521/911 01 19, E-mail: service@wbv.de

Schulheft: »Finde einen Job« heißt eine neue Broschüre der DGB-Jugend. Der Ratgeber für SchülerInnen soll bei der Interessenfindung und der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz helfen.

Zu bestellen bei: DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, Daniela Linke, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 166, oder Bestellung und Download unter www.dgb-jugend.de, Stichwort »Broschüren«



Praktikum: Im Bundesbüro von Attac in Frankfurt/M. suchen sie eine PraktikantIn. Dies sei eine gute Gelegenheit, nötige berufliche oder studienbegleitende Praktika abzuleisten und gleichzeitig Attac von innen kennenzulernen, heißt's bei den Globalisierungskritikern. Der Einsatz soll mindestens sechs Wochen dauern. Und: »Wir haben im Büro selbst nur eine sehr begrenzte Anzahl an Unterkünften, deshalb wäre eine eigene Wohnmöglichkeit im Rhein-Main-Gebiet nicht schlecht. Das ist aber keine Bedingung.«

Ansprechpartner: Sangeet Gill unter Tel.: 069 / 900 281 11, E-mail: gill@attac.de

Mäuse: Der DGB Hessen rechnet Gehälter aus: Wie lange muss ich schufteln, bis ich ein Managergehalt zusammen habe? Meistens ziemlich lange. Wer es genau wissen will, den Gehaltsrechner gibt es unter www.hessen.dgb.de/gehalt_aktion/

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: jkiotke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: toennes druck + medien gmbh, Erkrath

Redaktion: Jürgen Kiotke

Grafik: Heiko von Schrenk

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	